



Verteidigung: Wir sind für alle, die Fortschritt wollen

DIE ZEIT 19. August 2021

(Replik auf „Die Frage ist, für wen Du da bist, liebe FDP!“ von Christoph Möllers im STREIT-Format der ZEIT zur Bundestagswahl 2021)

Die FDP ist eine liberale Partei. Das heißt: Ausgangspunkt unserer Politik sind die Würde, Freiheit und Verantwortung jedes einzelnen Menschen. Deshalb mutet schon die Prämisse Christoph Möllers` seltsam kulturpessimistisch an, dass „in einer reichen und wohlorganisierten Gesellschaft“ das Individuum kaum noch auszumachen sei. Weshalb sollte in einer entwickelten, arbeitsteiligen Gesellschaft dem einzelnen Menschen keine erkennbare, relevante Bedeutung mehr zukommen? Dass es in modernen Gesellschaften komplexe Wechselwirkungen gibt, steht außer Frage. Das ist aber kein Grund, die Bäume vor lauter Wald nicht zu sehen und das Individuum nicht mehr zu erkennen. Die liberale Schlussfolgerung daraus ist, gesellschaftlichen Fortschritt zu wollen und zugleich skeptisch zu sein gegenüber technokratischer Hybris. Mit der Gesellschaft zu rechnen, wie sie ist, heißt nicht, alles so zu belassen, wie es ist.

Bei der Erbschaftsteuer – fiskalisch unbedeutend und doch leidenschaftlich umkämpft – prallen verschiedene Prinzipien aufeinander. Gegen die Erbschaftsbesteuerung spricht die Befürchtung, dass sie wirtschaftliche Eigeninitiative bestraft. Zudem ist das Recht, auch post mortem über den Verbleib seines Eigentums zu verfügen, integraler Bestandteil der Garantie des Privateigentums als Freiheitsrecht. Dieser Auffassung folgt prinzipiell auch das Grundgesetz. Andererseits gibt es eine lange Tradition der Kritik der Vermögensvererbung: Erbschaften verletzen das Prinzip der Chancengleichheit und führten statt zu echter Meritokratie zu einer Aristokratie des Wohlstandes. Für beide Positionen gibt es gute Argumente – und beide können legitimerweise als liberal gelten. Sie lassen sich nur in Kompromissen gesellschaftlich

vermitteln; einen solchen stellt auch die geltende Erbschaftsbesteuerung dar. Möllers mag sich eine radikale Realisierung des letzteren Ansatzes wünschen, indes: Etwas mehr Ambiguitätstoleranz gehört schon zu einem liberalen Selbstverständnis.

Viel lohnender, als über „unverdientes Vermögen“ zu streiten ist doch das Ziel, möglichst vielen Menschen Chancen zu ermöglichen, verdientes Vermögen aufzubauen. Bildung ist in unserer Gesellschaft eine der zentralen Voraussetzungen für Markterfolg und soziale Mobilität. Dass wir Aufstieg durch Bildung konsequent zum Thema machen, gesteht uns Möllers denn auch zu. Unser Denken beginnt nicht an der Decke, sondern gemäß Ralf Dahrendorf auf dem „gemeinsamen Fußboden“, von dem aus jedes Individuum sich dank seines Antriebes und seiner Fähigkeiten entfalten und sozial aufsteigen kann. Möglichst vielen Menschen die Bildung von Vermögen zu ermöglichen bedeutet zudem, ihnen mehr Verfügungsfreiheit über ihr selbstverdientes Geld zu belassen und die Bedingungen für Eigenkapitalbildung, Eigentumserwerb und Altersvorsorge zu verbessern. Indem wir nicht wie Christoph Möllers danach fragen, wem – übrigens eine interessant paternalistische Formulierung – „gegeben werden“ solle, sondern uns eher die Frage stellen, wie wir Bürokratie- und Finanzierungshürden auf dem Weg zum eigenen Unternehmen abbauen können. Was eine tatsächliche oder vermeintliche Domäne „reicher Söhne“ ist, sollte es nicht bleiben. Möllers spricht immer wieder von persönlichem Verdienst und von Defiziten des gesellschaftlichen Status Quo. Davon leiten sich dann Forderungen nach allerlei Umverteilung ab. Wir gehen aber davon aus, dass eine Volkswirtschaft kein Nullsummenspiel ist, dessen Ergebnis nur gerechter zu verteilen sei. Ausschlaggebend ist für uns der Begriff der Chancen. Denn mit dem Begriff des persönlichen, zurechenbaren Verdienstes ist die Frage verbunden, welche Instanz denn in einer offenen Gesellschaft objektiv bewerten solle, welcher wirtschaftliche Erfolg in welchem Maße persönlich und zurechenbar „verdient“ sei. Da kommt man schnell zu Ralf Dahrendorfs warnendem Fazit, dass „die Suche nach Gleichheit der Bedingungen und Resultate (...) in der Tyrannei enden“ müsse.

Das Verhältnis des Individuums zum Nationalstaat wiederum ist angesprochen, wenn zwischen Flucht und Arbeitsmigration nicht unterschieden und konstatiert wird, dass „sich individuelle Leistung selten so klar erkennen“ lasse „wie in einer Fluchtsituation.“ Nicht allein dass das Bild von Flucht als besonderer individueller Leistung zynisch anmutet angesichts der Realität, dass diese Leistung vor allem junge, körperlich kräftige Männer aufbringen sowie Menschen, die sich Schlepper leisten können. Andere, besonders schutzbedürftige Menschen bleiben derweil in Gefahr und Not zurück. Dieses Ineinsetzen von Flucht mit Migration verweist auf einen veränderten Sprachgebrauch, der losgelöst von geltendem Recht und demokratischen Mehrheiten Fakten schaffen soll: Flüchtlinge sollen nicht mehr so genannt werden, sondern Geflüchtete heißen. Es geht dabei um weit mehr als Semantik: Was „Flucht“ ist, wird von den rechtlich anerkannten Fluchtgründen entgrenzt, so dass letztlich jede Form von Migration eine Aufnahmepflicht nach sich ziehen solle. Der Vorwurf von Möllers, die FDP sähe „Migration als systemische Bedrohung“, gründet auf diesem Framing. Tatsache ist: Die FDP unterscheidet zwischen Flucht und Arbeitsmigration und fordert für letztere seit Langem ebenso eigenständige wie klare Regelungen. Denn der Flüchtlingsstatus bezieht seine historische, rechtliche und moralische Gravität gerade daraus, dass er Folge existentieller Bedrohung von Menschen ist und nicht Chiffre für die Suche nach einem besseren Leben in einem selbstgewählten Staat.

Schließlich wirkt auch der Gegensatz zwischen Individuum und Nation seltsam konstruiert, um nicht zu sagen: sehr deutsch. Die Nation und der Nationalstaat aber sind – als Garant der Bürgerrechte und auch in ihrer emotionalen Bedeutung – schlicht zu wichtig, um sie Nationalisten zu überlassen. Liberalismus ist kein geschlossenes System, sondern eine offene Methode. Das ist nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit, lässt aber Raum für verschiedene Ausprägungen und Traditionen. Den Vorwurf der Denkfaulheit werden wir selbstredend nicht auf uns sitzen lassen.